

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

16. WP - 16. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. April 2006, 14 Uhr  
im Wildpark Eekholt, Großenaspe

### **Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Wildparks Eekholt</b>	<b>4, 10</b>
<b>2. Bericht der Landesregierung über den Sachstand der Umsetzung der ELER-Verordnung in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
<b>3. Landwirtschaftliche Sozialversicherung</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/585  (überwiesen am 22. Februar 2006 an den <b>Umwelt- und Agrarausschuss</b> und den Sozialausschuss)	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Sachstandsbericht zur Umweltakademie und der Akademie für ländliche Räume von der Tagesordnung abgesetzt. Die insofern geänderte Tagesordnung wird vom Ausschuss gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Wildparks Eekholt**

Freiherr von Schenck, der Geschäftsführer des Wildparks Eekholt, führt die Ausschussmitglieder durch einen Teil des Wildparks. Im Rahmen dieser Führung erläutert er, dass und wie er die Entwicklungsmöglichkeiten des Wildparks durch eine mögliche Ausweisung eines Naturschutzgebietes bedroht sehe.

M Dr. von Boetticher betont, dass die Landesregierung den Wildpark nicht gesondert betrachten könne, sondern den Gesamtzusammenhang des Osterautals sehen müsse. Hier gebe es neben dem Wildparkbesitzer weitere Grundeigentümer. Im Grundsatz ziehe er allerdings den Vertragsnaturschutz einer Ausweisung von Schutzgebieten vor.

An dieser Stelle unterbricht der Ausschuss die Beratung dieses Tagesordnungspunktes und nimmt sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf (siehe Seite 10).

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über den Sachstand der Umsetzung der ELER-Verordnung in Schleswig-Holstein**

hierzu: Umdruck 16/811

AL Dr. Beyer und M Dr. von Boetticher berichten anhand einer PowerPoint-Präsentation über den Sachstand der Umsetzung der ELER-Verordnung in Schleswig-Holstein (Umdruck 16/811).

Abg. Hentschel bittet um Darstellung der Umschichtung der Mittel für den Küstenschutz.

Eine Frage der Abg. Rodust beantwortet AL Dr. Beyer dahin, dass die bisher angesetzten Mittel für Radwegbau Mittel für Neubau gewesen seien. Für diese Mittel, die nicht pflegerische Maßnahmen beinhalten, gebe es kaum Bedarf.

M Dr. von Boetticher legt dar, Probleme bereiten noch die Fortschreibung der Mittel im Bereich des Ökolandbaus. Eine reine Fortschreibung der bisherigen Maßnahmen würde das Land jährlich zusätzlich 10 Millionen € kosten. Bei einer degressiven Fortschreibung des Ansatzes wären 5 Millionen € mehr erforderlich. Vorgesehen seien aber nur 2,5 Millionen €. Das Problem hier sei die Umstellungsphase. Gegenwärtig würden Lösungsmöglichkeiten diskutiert, die von möglichst vielen Bundesländern mitgetragen würden. Notwendig sei eine Lösung, die den Ökolandbau nicht übermäßig belaste, aber dennoch finanzierbar sei.

Abg. Rodust thematisiert das Thema Aufforstung insbesondere vor dem Hintergrund der Steigerung der Rohölpreise. - Abg. Hentschel bittet um eine Gesamtdarstellung der für diesen Bereich vorgesehenen Mittel einschließlich der GAK-Mittel und der Gemeinschaftsmittel. - Abg. Dr. Höppner ergänzt, dass der bisher zur Verfügung stehende Ansatz in der Regel nicht ausgeschöpft worden sei. - Abg. Nabel plädiert für eine höherwertige Energieverwertung als die Verbrennung von Holz, beispielsweise die Verbrennung von Pellets.

AL Pieper beantwortet eine Frage der Abg. Rodust dahin, dass das Ministerium in den nächsten Jahren in eine Priorisierung der LSE-Maßnahmen eintreten werde.

M Dr. von Boetticher sagt auf eine Bitte der Abg. Rodust zu, dem Ausschuss eine schriftliche Information über die Verwendung von Mitteln im Rahmen von LEADER zuzuleiten.

Abg. Harms spricht den Rückgang des Ansatzes im Bereich der Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen an. - Herr Hansen erläutert, dass aus diesen Mitteln nur Intensivmaßnahmen gefördert würden; andere Maßnahmen seien in anderen Programmbereichen enthalten.

Abg. Hentschel möchte wissen, ob unter dem Begriff „Energie“ auch Erdwärme subsumiert sei. - M Dr. von Boetticher sagt zu, dieser Frage nachzugehen.

Abg. Hentschel erklärt sein Einverständnis damit, dass der dem Landtag zu erstattende Bericht zu ELER in der Tagung vom 31. Mai bis 2. Juni erstattet wird.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Landwirtschaftliche Sozialversicherung**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/585

(überwiesen am 22. Februar 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdruck 16/810

Herr Tietz von der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung Schleswig-Holstein und Hamburg legt dar, die Struktur und die Finanzen der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung befänden sich im Gespräch. Insbesondere werde die Frage gestellt, ob es Möglichkeiten gebe, das System effizienter zu gestalten.

Zu diesem Thema liege ein Bericht des Bundesrechnungshofes vor. Dieser bewerte das System auf der Grundlage der Verwaltungskosten. Die Stellungnahme der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung dazu gebe er dem Ausschuss zur Kenntnis (siehe Umdruck 16/810).

Aus Sicht der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung seien die Verwaltungskosten erst in zweiter Linie das Problem. Das Problem seien vielmehr die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in der Bundesrepublik. Insgesamt lägen die Verwaltungskosten unterhalb von 5 %. Problem seien also die 95 % Leistungskosten. Diese würden zu einem großen Teil aus Steuermitteln getragen.

Sicherlich gebe es Einsparmöglichkeiten. Aber es gebe keinen Träger, der etwa geschlafen habe. Diejenigen Träger, die fusioniert hätten, bräuchten eine angemessene Zeit, um die Fusionsergebnisse realisieren zu können.

Einsparziele seien erreicht worden. Darüber, ob sie ausreichend seien, könne man diskutieren.

Mit der Beantwortung der Frage nach der Anzahl der Träger sei das Problem der Beteiligung des Bundes nicht gelöst. Als Folge der Agrarstrukturen in der Bundesrepublik sei der Finanzbedarf in den einzelnen Regionen für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung gravierend unterschiedlich. Das lasse sich plastisch festmachen an der Unfallquote je 1.000 ha. Auch

hierzu stelle er dem Ausschuss eine Übersicht über die Zahlen im Geschäftsjahr 2004 zur Verfügung (siehe Umdruck 16/810).

Die Landwirtschaftliche Sozialversicherung nehme die Position ein, der angestrebte Ausweg sei eine Frage der Agrarstrukturpolitik. Diese werde üblicherweise nicht durch Beitragsmittel, sondern aus Steuermitteln finanziert.

Die Organisation müsse der Aufgabe folgen. Die Politik müsse die Frage beantworten, wie sie die unterschiedlichen Strukturen abbilden wolle. Dann könne über das Organisationssystem entschieden werden.

Herr Trede berichtet, bei der letzten Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung sei es im Grunde auch darum gegangen, möglichst einen Träger zu schaffen und damit eine Situation, die darauf hinauslaufe, dass von einigen Trägern die Kosten derjenigen übernommen wurden, die eine schlechte Struktur hätten. Zum damaligen Zeitpunkt habe sich die Landesregierung dafür eingesetzt, dass dieses Ansinnen des Bundes scheitere. Die Landesregierung sei dazu entschlossen, die regionalen Aspekte in die kommende Diskussion einzubringen.

Abg. Ehlers hält es für erforderlich, das „eigene Haus“ in Ordnung zu bringen. Er stellt die Frage, ob gegebenenfalls eine norddeutsche Lösung möglich sei. - Herr Tietz legt dazu dar, der Finanzbedarf zwischen den einzelnen Bundesländern auch im norddeutschen Bereich sei sehr unterschiedlich.

Abg. Hildebrand macht darauf aufmerksam, dass, käme es zu einem bundeseinheitlichen Träger, der Finanzbedarf in der Krankenkasse für Schleswig-Holstein um 20 % höher wäre als derzeit. Bei einem Nordverbund wäre er immerhin noch 18 % höher. Bei einer bundeseinheitlichen Lösung gäbe es Gewinner und Verlierer. Zu den Verlierern zählten eindeutig die neuen Bundesländer und das Land Schleswig-Holstein. Er halte es für Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein, dafür zu sorgen, dass die schleswig-holsteinischen Landwirte durch eine Vereinheitlichung nicht zusätzlich belastet würden.

Abg. Nabel vertritt die Auffassung, der Bundesrechnungshof sei offensichtlich nicht über die Geschichte der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung informiert. Im Übrigen sehe er keinen Änderungsbedarf der jetzigen Strukturen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig unter Vorbehalt des Votums des beteiligten Sozialausschusses die einstimmige Annahme des Antrags.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende erinnert daran, dass die Sitzung am 14. Juni 2006 um 13 Uhr auf Gut Harms-  
torf stattfindet.

Weiter berichtet er von einer Einladung der Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer  
Tierzüchter zu einem Gespräch. - Der Ausschuss kommt überein, dieser Einladung in einer  
der Herbstsitzungen zu folgen.

(Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Höppner, übernimmt den Vorsitz.)

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Wildparks Eekholt**

Der Ausschuss setzt seine Beratungen fort (siehe Seite 4).

Herr Schmidt-Moser knüpft an die im Rahmen des Rundgangs gemachten Gespräche an und führt aus, die Osterau sei ein seit langem geplantes Naturschutzgebiet. Das Landesamt für Natur und Umwelt habe ein Gutachten erstellt und dem eine Karte beigelegt. Darin seien alle Gebiete bezeichnet, die schützenswert seien.

Im letzten Jahr hätten die Gespräche mit den Betroffenen begonnen. Diesen sei das Gutachten zur Verfügung gestellt worden. Der in der angehängten Karte dargestellte Suchraum sei dabei für das geplante Naturschutzgebiet gehalten worden. Absicht des LANU sei aber gewesen, mit den Betroffenen in Gesprächen auszuloten, wo innerhalb dieses Suchraums ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden könne.

Auch mit dem Wildpark Eekholt hätten Gespräche darüber stattgefunden, wie eine rechtliche Sicherung der angestrebten Ziele möglich sei. Seit einigen Monaten habe man sich dem Gedanken angenähert, mit dem Wildpark Eekholt für den im Wildpark betroffenen Bereich eine vertragliche Vereinbarung zu schließen. Dazu sei in der nächsten Woche ein Gesprächstermin angesetzt.

Das Ministerium strebe an, eine freiwillige Vereinbarung abzuschließen. Im Wesentlichen solle vereinbart werden, dass im Bereich des Flusslaufs nicht gedüngt werden dürfe.

Herr Dr. Hatlapa, der Besitzer des Wildparks, weist auf die historische Entwicklung der Entstehung des Wildparks und die in den vergangenen Jahrzehnten geführten Gespräche darüber hin. Er macht deutlich, aus diesen begründe sich ein gewisses Misstrauen gegenüber den von staatlichen Umweltbehörden geplanten Maßnahmen. Der jetzige Zustand der Osterau im Wildpark Eekholt sei noch deshalb ursprünglich erhalten, weil die damaligen vom Land geplanten Kanalisierungsmaßnahmen nicht durchgeführt worden seien. Für wesentlich halte er, die Jugend zu gewinnen, weil in die Zukunft hineingedacht werden müsse. Wesentlich dafür sei der Weg über die Erlebnispädagogik.

Abg. Harms begrüßt, dass sich eine Lösung abzeichne. Er regt an, die Flächen außerhalb des Wildparks in eine derartige Lösung einzubeziehen.

Abg. Bernstein spricht sich dafür aus, im gesamten Bereich mit Vertragsnaturschutz zu arbeiten.

Abg. Ehlers betont das öffentliche Interesse an der Erhaltung und Fortsetzung der Arbeit des Wildparks. Außerdem fragt er nach FFH-Gebietsausweisungen. - Herr Schmidt-Moser antwortet, dass FFH-Gebiet umfasse nur schmale Streifen des Wildparks. In Rede stehe nur ein Bereich des FFH-Gebietes innerhalb des Wildparks. Über eine Lösung solle in der nächsten Woche gesprochen werden. Wichtig sei die rechtliche Sicherung des Schutzstatus.

Auch Abg. Rodust spricht sich für eine vertragliche Regelung aus.

Abg. Nabel erkundigt sich nach den im Bereich der Osterau bestehenden Weiden und Böschungen und fragt nach dem Eintrag durch Tiere in die Osterau sowie die Tierdichte.

Freiherr von Schenck macht deutlich, der Wildpark befinde sich bezüglich des Tierbesatzes unterhalb dessen, was möglich wäre. Teilweise müssten Flächen sogar gemäht werden, weil der Tierbesatz zu niedrig sei. Ziel des Wildparks sei, einen harmonischen Tierbestand zu haben.

Die Tiere müssten an bestimmten Stellen durch die Osterau gehen. Das sei sinnvoll und gewollt. Die Osterau sei zum einen natürliche Grenze, zum anderen mögliches Rückzugsgebiet. So wäre beispielsweise die Ziehung von Zäunen nicht denkbar.

Der Eintrag durch Wildtiere in die Osterau sei kein großartiges Problem. Es gebe sogar wissenschaftliche Untersuchungen, die belegten, dass der Eintrag von Exkrementen für die Wasserqualität förderlich sei. Die Wasserqualität der Osterau sei gut.

Herr Dr. Hatlapa weist darauf hin, dass auch die Erhaltung bestimmter Pflanzenarten Ziel des Tierparks sei.

Nach den Worten von Abg. Hentschel sei der Tierpark Eekholt nicht mit anderen landwirtschaftlichen Flächen vergleichbar. Insofern hielte er für diesen Bereich eine „Extrawurst“ für durchaus gerechtfertigt. Ferner sei ihm egal, wie die Unterschutzstellung durchgeführt werde. Wichtig sei der Inhalt und die entsprechende Durchführung. Außerdem fragt er nach der Möglichkeit von baulichen Änderungen. - Daraufhin antwortet Herr Schmidt-Moser, dass

sämtliche Vorhaben, die das FFH-Gebiet beeinträchtigen könnten, nicht zulässig wären. Das Land müsse sicherstellen, dass die Osterau nicht beeinträchtigt werde. Er habe die Betreiber des Wildparks aber bisher immer so verstanden, dass dies auch nicht beabsichtigt sei.

Freiherr von Schenck bekräftigt, dass nicht beabsichtigt sei, die Lebensader des Wildparks zu verändern. Direkt an der Osterau bestünden keine Änderungspläne. Was das FFH-Gebiet betreffe, müsse ein Weg gefunden werden, Änderungen zu ermöglichen. Beispielhaft nennt er den Aufbau von Info-Tafeln und die Änderung eines Geheges.

Abg. Hildebrand bittet darum, den Ausschuss über eine Einigung zu informieren, gegebenenfalls mit entsprechendem Kartenmaterial.

Nach Auffassung von Abg. Bernstein müsse der Wildpark, gemessen an seiner Bedeutung für die Region, anders betrachtet werden als andere Gebiete. Dennoch sei all diesen Gebieten gemeinsam, dass sie sich jeweils in Privateigentum befänden.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Höppner, schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Dr. Henning Höppner    gez. Petra Tschanter  
Stellv. Vorsitzender    Geschäfts- u. Protokollführerin